

Zürich und Knonau, 6. September 2004

KR-Nr. 330/2004

POSTULAT von Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich), Monika Spring (SP, Zürich) und Lisette Müller-Jaag (EVP, Knonau)

betreffend Änderung Gesetz und Verordnung über die Strassenverkehrsabgaben (741.1 und 741.11)

Der Regierungsrat wird ersucht, eine Vorlage zur Änderung der Strassenverkehrsabgaben auszuarbeiten, die entsprechend dem Verursacherprinzip auf die Strassenverkehrsabgaben für stark umweltbelastende Personenkraftwagen (PKW) mit hohem Treibstoffverbrauch, grossem Gewicht und erhöhtem Sicherheitsrisiko (insbesondere Geländewagen) einen Zuschlag vorsieht. Gleichzeitig sollen die Verkehrsabgaben für besonders emissionsarme Fahrzeuge sowie Fahrzeuge mit elektrischem und alternativem motorischen Antrieb gänzlich von der Abgabe befreit werden.

Natalie Vieli-Platzer
Monika Spring
Lisette Müller-Jaag

330/2004

Begründung:

2001 wurde vom Regierungsrat eine neue Vorlage betreffend die Strassenverkehrsabgaben in Aussicht gestellt. Diese ist nach wie vor ausstehend.

Stark umweltbelastende Personenkraftwagen mit hohem Treibstoffverbrauch und grossem Gewicht wie Geländewagen, verzeichnen auch in der Schweiz einen Verkaufs-Boom. Nach einer enormen Zunahme der Geländefahrzeuge (Verkauf zwischen 1990 und 2002 verdreifacht), beträgt deren Anteil an den schweizerischen PKW gemäss Bundesamt für Statistik rund 15%.

Im Vergleich zu durchschnittlichen PKW stossen sie ein Drittel mehr CO₂ aus. Gemäss CO₂-Gesetz müssen die Emissionen aus fossilen Treibstoffen um 8% gegenüber dem Verbrauch von 1990 gesenkt werden. Der Trend zu solchen Fahrzeugen steht im krassen Widerspruch zu diesem gesetzlichen Ziel.

Nebst ökologischen Argumenten spricht auch die Verkehrssicherheit gegen den Einsatz von Geländefahrzeugen im Strassenverkehr. Durch die massive Bauweise und das hohe Gewicht stellen sie eine überdurchschnittliche Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmer dar.

Mit dieser Gesetzesänderung soll eine hohe Lenkungswirkung erreicht werden, die sich auf den Verkauf und den Betrieb stark umweltbelastender und gefährlicher Personenkraftwagen nachteilig auswirkt. Damit soll der Verzicht auf solche Fahrzeuge und die Wahl kleinerer und schadstoffärmerer Fahrzeuge, insbesondere Fahrzeuge mit elektrischem und alternativem motorischen Antrieb durch Erlass der Verkehrsabgabe bevorzugt werden. Es ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und der Verkehrssicherheit anzustreben.